



Frankreich

Französische Evolution

Frankreich will sich aus seiner Umklammerung von der Atomenergie lösen, tut sich aber schwer.

In der Europapolitik begegnen sich Frankreich und Deutschland in der Regel auf Augenhöhe, beim Ausbau der erneuerbaren Energien hinkt die Grande Nation

bisher hinterher. Das soll sich ändern: Im Februar haben Bundesumweltminister Peter Altmaier und seine französische Amtskollegin Delphine Batho eine engere Zusammenarbeit in Energiefragen beschlossen. Dafür ist unter anderem ein gemeinsames Büro für erneuerbare Energien in Berlin geplant. Macht Frankreichs sozialistische Regierung ernst mit der Energiewende für ihr Land?

Die alte Regierung Sarkozy ließ die Ökoenergien nur schwer vom Fleck kommen. Zwar werden sie seit 2006 mit einer Einspeisevergütung nach Vorbild des deutschen Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) gefördert. Dennoch gab es immer wieder Regelungen, die die Branche bremsen – ob administrative Hemmnisse für die Windenergie oder Tarifänderungen für die Photovoltaik. In beiden Segmenten sank daher zuletzt der Zubau: 2012 wurden in Frankreich nur noch neue Windturbinen mit einer Gesamtleistung von 757 Megawatt (MW) aufgestellt, nach 928 MW im Jahr 2011. Die Solarenergie schrumpfte sogar von 1625 auf 1012 MW.

Dabei muss Frankreich seine Ökostromproduktion steigern, wenn es seine im Nationalen Aktionsplan festgeschriebenen Erneuerbaren-Ziele erreichen will. Danach sollen bis 2020 27 Prozent des verbrauchten Stroms aus erneuerbaren Quellen stammen. Zum Vergleich: 2012 waren es 16,4 Prozent. Den Löwenanteil lieferte mit 11,8 Prozent die Wasserkraft, 2,8 Prozent steuerte die Windenergie bei und 0,7 Prozent die Photovoltaik. Ende 2012 waren insgesamt 7449 MW Windleistung installiert. Ziel bis 2020 sind 25 000 Megawatt, davon 6000 MW

auf dem Meer. Die installierte Solarstromleistung soll von 3515 MW Ende 2012 auf 5400 MW gesteigert werden. Biomasse hingegen wird in Frankreich vor allem zur Wärme-, nicht aber zur Stromproduktion eingesetzt. Ziel ist daher lediglich eine Verdopplung der elektrischen Leistung von derzeit etwa 1500 auf 3000 MW bis 2020.

Die Regierung Francois Hollande nährt die Hoffnung auf einen forcierten Ausbau der Erneuerbaren. Paris hat im Herbst 2012 beschlossen, den Atomanteil im Energiemix Frankreichs von derzeit rund 75 Prozent auf 50 Prozent bis 2025 zu senken. „Das ist eine Riesenchance für uns“, sagt Jean-Iyes Grandidier vom französischen Windenergieverband FEE. Außerdem will Paris eine starke Erneuerbaren-Industrie etablieren und so neue Arbeitsplätze schaffen. Bis 2020 soll die Zahl der Jobs im Sektor der Ökoenergien von derzeit schätzungsweise 90 000 auf bis zu 130 000 steigen. Ein großes Ziel, zumal die Solarkrise derzeit immer noch Stellen kostet.

Bisher reichen die Maßnahmen der Regierung aber nicht aus. Für den Aufschwung der Erneuerbaren will sie am bestehenden Vergütungssystem festhalten, das wie in Deutschland auf festen, umlagefinanzierten Einspeisetarifen basiert. Für Onshore-Windturbinen zum Beispiel sieht der Tarifierlass vom 17. November 2008 dieses Jahr eine Förderung in Höhe von 8,52 Cent pro Kilowattstunde vor. Das ist nicht viel weniger als die aktuelle Anfangsvergütung in Deutschland. Das Problem: Windkraftgegner haben ihren Kampf gegen den französischen Vergütungstarif bereits bis vor den Europäischen Gerichtshof (EuGH) getragen, wo die Entscheidung noch aussteht. Im Extremfall könnte der EuGH den Tarif aus formellen Gründen kippen, da Paris die Europäische Kommission nicht an der Definition des Tarifs beteiligt hat. Doch einen Ersatz hat die Regierung nicht in petto. „Die Branche ist massiv verunsichert“, erklärt Frankreich-Expertin Marie-Luise Pörtner vom Windprojektor Juwi.



Großauftrag: Delphine Batho, Frankreichs Ministerin für Umwelt, nachhaltige Entwicklung und Energie, soll den Ausbau der Erneuerbaren forcieren und gleichzeitig die Reduzierung des Atomanteils am französischen Energiemix von 75 Prozent auf 50 Prozent einleiten.

Ohnehin braucht, wer in Frankreich ein Windvorhaben umsetzen will, viel Kraft und einen langen Atem. Beträgt beispielsweise die durchschnittliche Dauer einer Projektumsetzung nach Zahlen der Koordinierungsstelle Erneuerbare Energien in Deutschland 2,5 Jahre, so sind es in Frankreich 6,5 Jahre. „Man muss dicke Bretter der Bürokratie durchbohren und hohe juristische Hürden nehmen“, so Pörtner. Immerhin versucht die Regierung, das administrative Wirrwarr langsam zu entflechten. Bisher sind in Frankreich nur Windparks mit mindestens fünf

Turbinen genehmigungsfähig. Außerdem dürfen die Anlagen nur in sehr eng gefassten Vorranggebieten errichtet werden. Beide Regelungen hat die Nationalversammlung mit dem so genannten „Loi Brottes“ im März kassiert. „Ein Anfang“, sagt Pörtner, „aber längst nicht genug.“

Das denkt auch die Solarbranche über die bisherigen Maßnahmen der Hollande-Regierung. Hauptanliegen der „neuen“ Solarpolitik ist es, die heimische Industrie zu stärken. Dafür wurde die Tarifstruktur für kleine Photovoltaikanlagen vereinfacht und die Ausschreibungen für große ▶

Erneuerbare in Zahlen: Frankreich

Anteil am gesamten
Energieverbrauch

Heute:
16,4 Prozent
Ziel bis 2020:
23 Prozent

Anteil am Stromverbrauch

Heute: 16,4 Prozent
Ziel bis 2020:
27 Prozent

Arbeitsplätze

2010: 99 200
Ziel bis 2020:
130 000

Photovoltaik

Heute:
3515 MW
Ziel bis 2020:
5400 MW

Installierte Windleistung

Heute:
7449 MW
Ziel bis 2020:
25 000 MW

(davon 6 Megawatt
offshore)

Anlagen ab 100 Kilowatt Leistung erweitert. Auf diese Weise sollen 2013 1000 Megawatt Zubau ermöglicht werden, doppelt so viel wie bisher geplant. Die Branche zweifelt jedoch, dass das Ziel erreicht wird, denn gleichzeitig hat Umweltministerin Batho den Einspeisetarif für Freilandanlagen um 20 Prozent gekürzt. „Anlagen ab einem Megawatt erhalten nur noch 7,8 Cent pro Kilo-

wattstunde. Das ist zu wenig“, sagt Pörtner. Die Branche hofft, dass die Regierung die Erneuerbaren stärker unterstützt. Noch kann sie in Paris auf Neujustierungen drängen. Die „große Energie-debatte“ läuft in Frankreich offiziell noch bis zum Herbst. Dann soll als großer Rahmen das Energiegesetz, das „Loi de programmation sur l'énergie, verabschiedet werden. (sr)